



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/00976**
Datum: 18.02.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum: 13.02.2020

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	13.02.2020	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	13.02.2020	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	18.02.2020	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	19.02.2020	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.02.2020	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Neuausrichtung des Präventionsrates

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 der Beschlussfassung wird ergänzt:

Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage) **mit Ergänzung um eine Arbeitsgruppe „Umgang mit Rechtsextremismus in der Stadt Halle“**.

gez. Dr. Regina Schöps
Stadträtin Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Im „Konzept zur Neuausrichtung des Präventionsrates“ spiegelt sich die inhaltliche Neuausrichtung ausschließlich in den Themenfeldern der vorgeschlagenen Arbeitsgruppen wider. Das bisherige grundlegende Verständnis zur Arbeit des Präventionsrates, das auch in dessen Bezeichnung verankert war als „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“, findet sich da kaum oder nur sehr unscharf wieder.

Bei aller Achtung vor den Ergebnissen des Workshops am 22.02.2019 sehe ich es als großes Defizit, dass keine Arbeitsgruppe vorgeschlagen wird, die sich mit politisch motivierter Gewalt, Kriminalität und politisch motiviertem Rassismus beschäftigt. Deshalb beantrage ich die Ergänzung durch eine Arbeitsgruppe „Umgang mit Rechtsextremismus in der Stadt Halle“.

Es gibt in der Stadt mit „Halle gegen Rechts“ einen gut aufgestellten Akteur auf diesem Gebiet, aber kein Arbeitsgremium, das eine Koordinierung mit Stadtverwaltung und interessierten Bürgern erlaubt, was ja wohl Sinn und Ziel der Arbeitsgruppen des neuen Präventionsrates überhaupt sein soll.

Ich sehe Bedarf für eine Arbeit auf diesem Themenfeld angesichts der öffentlichen Aktionen eines Sven Liebich, die bereits etliche Beschwerden hallescher Bürger bei Polizei und Ordnungsamt zur Folge hatten und angesichts der Tatsache, dass z.B. die Identitäre Bewegung und andere deutlich rechtsextreme Gruppen die Stadt Halle gern als Ort für öffentliche Auftritte und Aktionen nutzen, häufig mit rassistischen und zu Gewalt motivierenden Inhalten.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

20. Februar 2020

Sitzung des Stadtrates am 26.02.2020

**Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI)
zur Beschlussvorlage Neuausrichtung des Präventionsrates**

Vorlagen-Nr.: VII/2020/00976

TOP: 8.2.3

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Bei der Gründung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration“ wurde das Themenfeld Rassismus, Toleranz und Integration mit verankert. Zwischenzeitlich arbeitet seit vielen Jahren stetig und erfolgreich die „HALLIANZ für Vielfalt“ in der Stadt Halle (Saale). Die HALLIANZ ist eine von bundesweit 300 Partnerschaften für Demokratie und arbeitet als Zusammenschluss der Stadtverwaltung, Netzwerken, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen sowie weiteren Partnerschaften mit dem Ziel, Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Halle zu fördern.

Explizit war es neben dem Schaffen einer effektiv und breit arbeitenden Struktur das Ziel, die inhaltlichen Doppelungen zwischen Präventionsrat und HALLIANZ zu beseitigen und die Bearbeitung der Bereiche Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung bei der hier bestens aufgestellten Struktur zu bündeln. Der Präventionsrat hat mit seiner einstimmigen Beschlussempfehlung an den Stadtrat dieses bekräftigt.

Die Verwaltung empfiehlt daher, zunächst den Präventionsrat in der von den beteiligten Akteuren vorgeschlagenen Form und mit den vorgeschlagenen Arbeitsgruppen zu beschließen und eine Evaluation zur Arbeitsweise, zur Arbeitsfähigkeit und zur Struktur in zwei Jahren durchzuführen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister